



Konjunktur & Wachstum

Demografische Entwicklung: Die Pensionierungswelle **reisst grosse Lücken auf**

26.06.2023

Auf einen Blick

Lange Jahre hat die Schweiz davon profitiert, dass geburtenstarke Jahrgänge viele Arbeitskräfte stellten und zum Wirtschaftswachstum beitrugen. Das ist vorbei. Die unübersehbaren Lücken auf dem Arbeitsmarkt können trotz Zuwanderung je länger desto weniger aufgefüllt werden.

Inhalt

1. Das Wichtigste in Kürze
2. Position economiesuisse
3. Demografische Entwicklung in der Schweiz und weltweit
4. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt
5. Altersvorsorge
6. Wie wir diese immensen Herausforderungen meistern

Das Wichtigste in Kürze

Die Schweiz hat dank der geburtenstarken Jahrgänge (Babyboomer) nach dem Zweiten Weltkrieg von einer demografischen Dividende profitiert: Die Erwerbsbevölkerung ist stark gewachsen und mit ihr auch die Volkswirtschaft. Nun kippt diese Entwicklung ins Gegenteil, weil die Babyboomer nach und nach aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und aufgrund der tieferen Geburtenrate zu wenig Junge nachrücken. Der Arbeitskräftemangel wird sich deshalb in den nächsten Jahren weiter zuspitzen. Nur dank der Nettozuwanderung wird die Erwerbsbevölkerung zumindest nicht schrumpfen. Deren Wachstum wird jedoch geringer ausfallen als bei der nichterwerbsfähigen Bevölkerung, insbesondere bei den Personen im Rentenalter. Das Verhältnis von Rentnern und Erwerbstätigen entwickelt sich zu Ungunsten Letzterer, was gerade für die Finanzierung der AHV mittels Umlageverfahren zunehmend zum Problem wird. Die Politik ist gefordert, die nötigen Reformen aufzugleisen, um diese demografiebedingten Herausforderungen zu meistern.

Position **economiesuisse**

- Die demografische Entwicklung stellt die Schweiz und die Schweizer Wirtschaft vor riesige Herausforderungen.
- Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen erhalten und gezielt verbessert werden, damit die Produktivität weiter ansteigen kann.
- Das inländische Arbeitskräftepotenzial muss noch besser genutzt werden. Die negativen Arbeitsanreize sind zu eliminieren.
- Die Schweiz muss die Altersvorsorge nachhaltig sichern. Gerade die AHV gerät durch die demografische Entwicklung stark in Schieflage.
- Die Personenfreizügigkeit mit den EU/EFTA-Staaten ist Teil der Lösung: Sie hilft, die negativen Folgen der demografischen Entwicklung abzufedern.
- Der Personalausbau beim Staat muss gebremst werden. Das unverhältnismässige Wachstum der letzten Jahre verschärft den Arbeitskräftemangel.



Die Schweizer Bevölkerung altert

Wie viele andere Länder profitierte auch die Schweiz in den letzten Jahrzehnten von einer demografischen Dividende: Die geburtenstarken Jahrgänge nach dem Zweiten Weltkrieg, die sogenannte Babyboomer-Generation, erreichten ab Mitte der 1960er-Jahre nach und nach das erwerbsfähige Alter. Dies sorgte für einen deutlichen Anstieg der Erwerbsbevölkerung. Wenn mehr Personen arbeiten können und viele dies auch tun, dann wächst die Volkswirtschaft insgesamt.

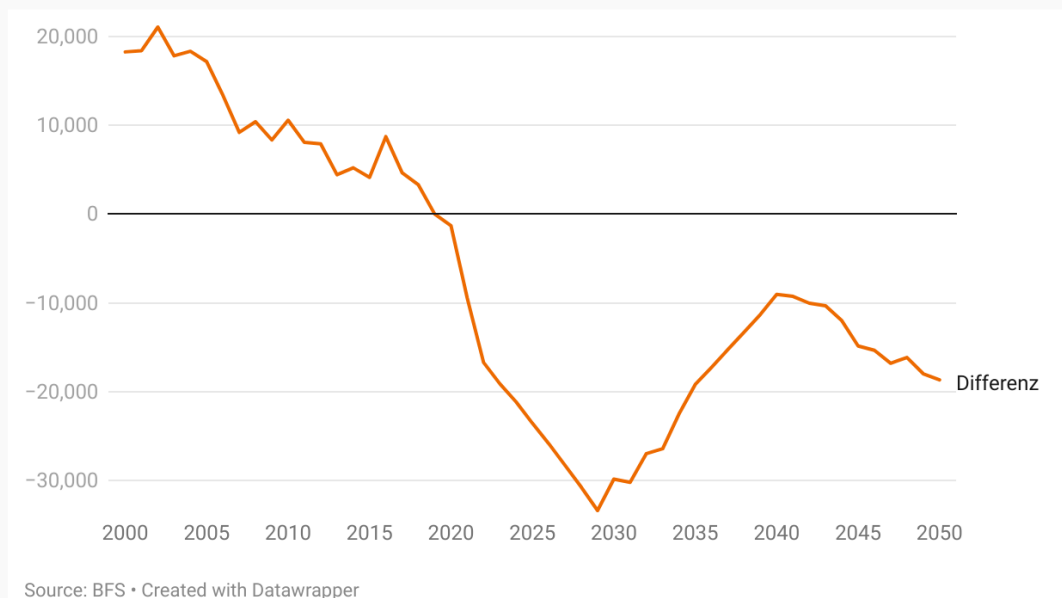
Ab 1965 ging die jährliche Geburtenrate deutlich zurück (sogenannter «Pillenknick»). Die Fertilität sank bis ins Jahr 1970 auf 2,1 Kinder pro Frau, was die Bevölkerung langfristig gerade stabil halten würde. Doch seit der Mitte der 1970er-Jahre liegt sie mit rund 1,5 Kinder pro Frau deutlich tiefer. Somit sank verzögert ab Ende der 1980er-Jahre auch die Zahl der Jungen, die in den Arbeitsmarkt einsteigen. Weil nun weniger geburtenstarke Jahrgänge nachrückten und die Zahl der älteren Personen dank der steigenden Lebenserwartung zunahm, wurde die Bevölkerung im Schnitt stetig älter.

Das Ende der demografischen Dividende

Der Anstieg der Erwerbsbevölkerung durch die Babyboomer hatte positive Impulse auf die Gesamtwirtschaft. Diese demografische Dividende ist nun aber erschöpft und kippt ins Gegenteil. So zahlreich, wie die Babyboomer einst in den Arbeitsmarkt eingetreten sind, so zahlreich treten sie nun auch wieder aus. Und weil die Geburtenrate seit Längerem tief ist, rücken Jahrgänge nach, die diesen Wegfall niemals kompensieren können. Diese Entwicklung ist seit 2020 in der Schweiz zu beobachten: Die erwerbsfähige Bevölkerung nimmt, ohne Berücksichtigung der Zuwanderung, immer deutlicher ab.

Die Aussichten sind düster. Die folgende Abbildung zeigt, dass diese negative Entwicklung 2029 ihren Höhepunkt erreicht: Die Anzahl Personen, die ins Pensionsalter kommen, wird die Anzahl Junge, die in den Arbeitsmarkt nachrücken, um über 30'000 Personen übertreffen. Insgesamt bedeutet dies, dass bis 2040 rund 431'000 Personen im Arbeitsmarkt fehlen. Dies sind rund acht Prozent der gesamten, heute erwerbstätigen Bevölkerung.

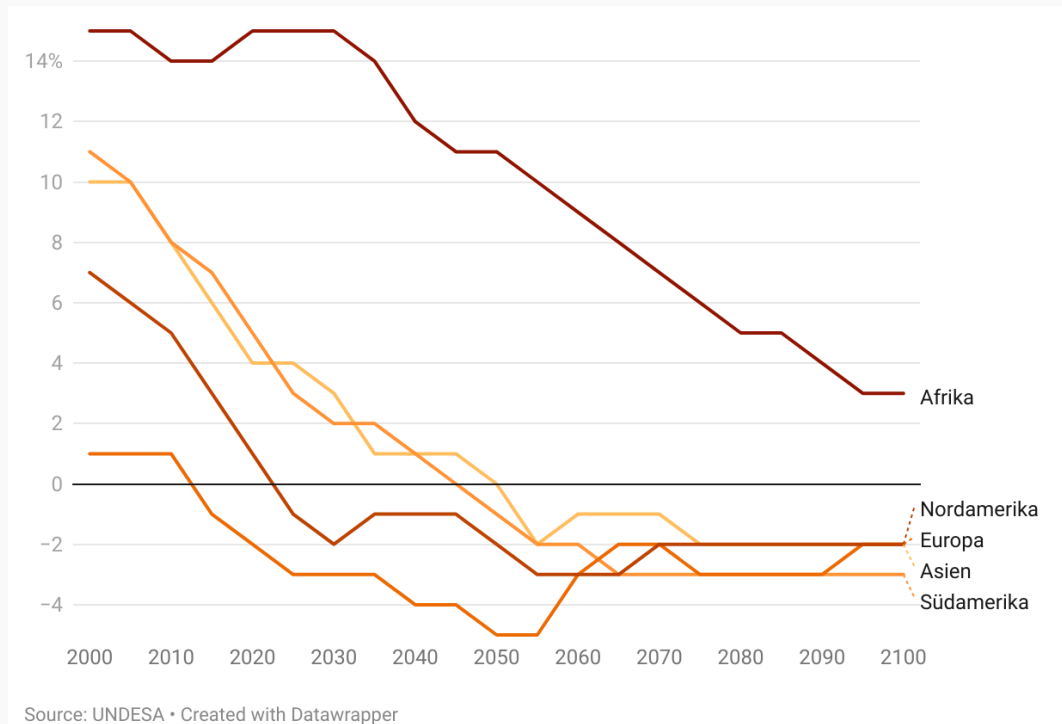
Abbildung 1: Jährliche Differenz zwischen 65- und 20-jährigen Personen



Entwicklung im Ausland

Die Schweiz steht mit dieser Herausforderung nicht allein da. Im Gegenteil: Alle Regionen dieser Welt, mit Ausnahme von Afrika, werden in den kommenden Jahren von einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung betroffen sein. Diese Entwicklung hat nicht nur in der Schweiz, sondern in Europa insgesamt bereits begonnen (vgl. Abbildung 2) und in Nordamerika ist es in wenigen Jahren ebenfalls so weit. In Südamerika und Asien wird die Erwerbsbevölkerung erst ab etwa Mitte des Jahrhunderts rückläufig sein. In Asien ist die Entwicklung allerdings unterschiedlich: Gerade im bevölkerungsreichen China sinkt die Zahl der Personen im Erwerbsalter bereits. China wird damit etwas verzögert eine ähnliche Entwicklung wie Japan durchlaufen. Die Dimensionen sind gewaltig: Die erwerbsfähige Bevölkerung in China wird bis ins Jahr 2100 von heute rund 1 Milliarde auf rund 580 Millionen schrumpfen. Die einzige Region, in der die erwerbsfähige Bevölkerung noch deutlich zunimmt, ist Afrika. 40 Prozent der Bevölkerung bzw. 540 Millionen Afrikanerinnen und Afrikaner sind aktuell jünger als 15 Jahre. Diese Menschen werden in den nächsten Jahren eine Arbeit suchen, sei dies in Afrika oder in anderen Weltregionen.

Abbildung 2: Veränderung der erwerbsfähigen Bevölkerung ohne Nettozuwanderung (UNDESA)



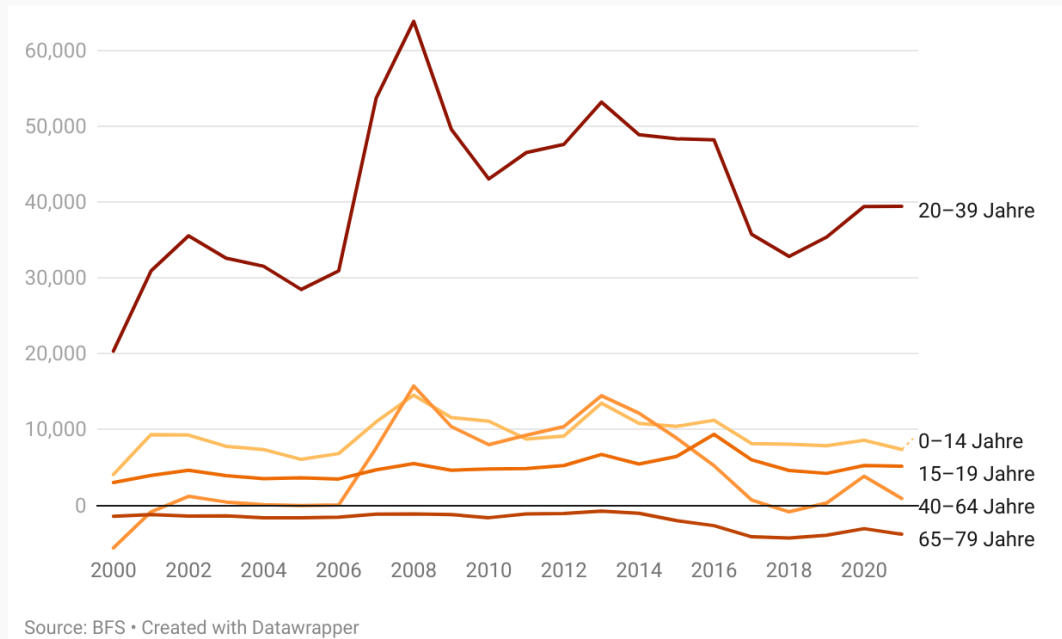
Die Rolle der Zuwanderung

Neben Geburtenrate und Lebenserwartung ist die Nettozuwanderung für die demografische Entwicklung mitentscheidend. Wenn mehr Personen im erwerbsfähigen Alter ein- als auswandern, kann dies einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung entgegenwirken. Im umgekehrten Fall wird das Problem zusätzlich verschärft.

Die Schweiz profitiert von einer Nettozuwanderung von Erwerbsfähigen: Diese sind mehrheitlich zwischen 20 und 39 Jahre alt und füllen die aufgezeigte Lücke an Arbeitskräften (siehe Abbildung 3). Die Bevölkerungsprognosen des BFS gehen davon aus, dass dank der Nettozuwanderung die Erwerbsbevölkerung in der Schweiz in den nächsten Jahren weiterwachsen wird, wogegen sie ohne Zuwanderung schrumpfen würde. Andere Länder, die für erwerbsfähige Ausländerinnen und Ausländer attraktiv sind, werden

ebenfalls von diesem Effekt profitieren. Das gilt beispielsweise für die USA. In Ländern, die von einer starken Abwanderung der erwerbsfähigen Bevölkerung betroffen sind, wird das Problem hingegen noch verschärft.

Abbildung 3: Nettozuwanderung nach Altersgruppe (BFS)





Die globale Perspektive

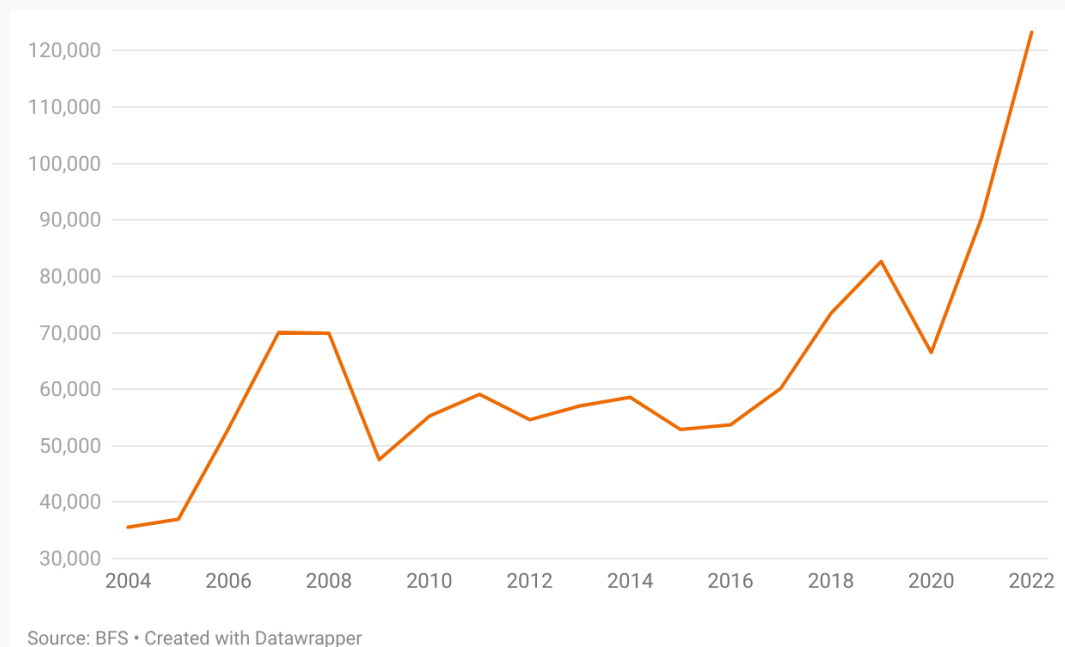
Die demografische Entwicklung wird den Arbeitsmarkt tiefgreifend verändern. Erstens stehen der Wirtschaft in vielen Ländern weniger Personen im erwerbsfähigen Alter zur Verfügung. Arbeitsintensive Prozesse werden somit teurer und zwingen zu Produktivitätsfortschritten. Der Einsatz von Technologie und Maschinen wird intensiviert. Die Digitalisierung ist also notwendig, um überhaupt noch genügend Güter und Dienstleistungen herstellen zu können. Zweitens wird dadurch bei vielen Tätigkeiten das Anforderungsprofil an Mitarbeitende steigen, während gleichzeitig für die Unternehmen viel Know-how verlorenggeht, wenn sehr viele Personen in rascher Folge in Rente gehen. Drittens ist es fraglich, ob Afrika die demografische Dividende realisieren kann. Gelänge es, dort stabile politische und wirtschaftliche Strukturen zu schaffen, könnten die Staaten sehr schnell wachsen. Wenn nicht, wird der Emigrationsdruck noch weiter zunehmen, was insbesondere Europa vor grosse Herausforderungen stellen wird.

Die Situation in der Schweiz

Viele Branchen in der Schweiz leiden bereits heute unter einem Arbeitskräftemangel. Ein Blick auf die Entwicklung der offenen Stellen verdeutlicht, dass es in den letzten Jahren schwieriger geworden ist, geeignetes Personal zu finden. Und die demografische Entwicklung wird den Mangel in den kommenden Jahren weiter zuspitzen. Es dürfte immer schwieriger werden, die Lücken wie bisher durch Nettozuwanderung zu decken, da auch die traditionellen Herkunftsländer der Immigranten unter der gleichen demografischen Entwicklung leiden. Eine Zunahme der Beschäftigten im gleichen Tempo wie in den letzten 20 Jahren dürfte unter diesen Umständen nicht mehr möglich sein. Dies bremst die wirtschaftliche Entwicklung.

Es ist fraglich, inwiefern dies durch Produktivitätsfortschritte kompensiert werden kann, weil die privaten Unternehmen in der Schweiz bereits heute mit den neusten Technologien effizient produzieren und weil die Möglichkeiten zur Automatisierung gerade im Dienstleistungssektor begrenzt sind.

Abbildung 4: Offene Stellen

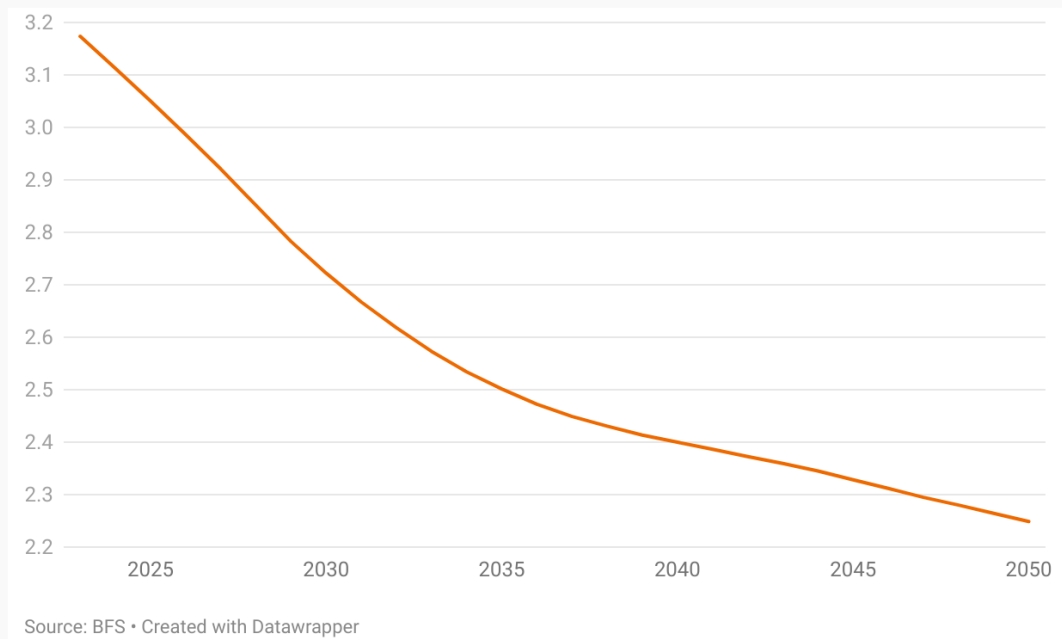




Gemäss dem Referenzszenario des Bundesamts für Statistik (BFS) wird die Erwerbsbevölkerung bis 2050 im Vergleich zu heute um acht Prozent wachsen. Es wird also unterstellt, dass die Schweiz auch in den nächsten Jahren attraktiv ist für ausländische Arbeitskräfte und diese bereit sind, in der Schweiz zu arbeiten. Insgesamt geht das Szenario von einer Zunahme von 465'000 Erwerbsfähigen aus. Im gleichen Zeitraum steigt die Zahl der über 65-Jährigen um rund 950'000 Personen. Dies stellt insbesondere die AHV vor grosse Probleme, denn die Finanzierung der 1. Säule basiert auf dem Umlageverfahren. Das heisst, die Erwerbstätigen finanzieren laufend die Renten der Pensionierten.

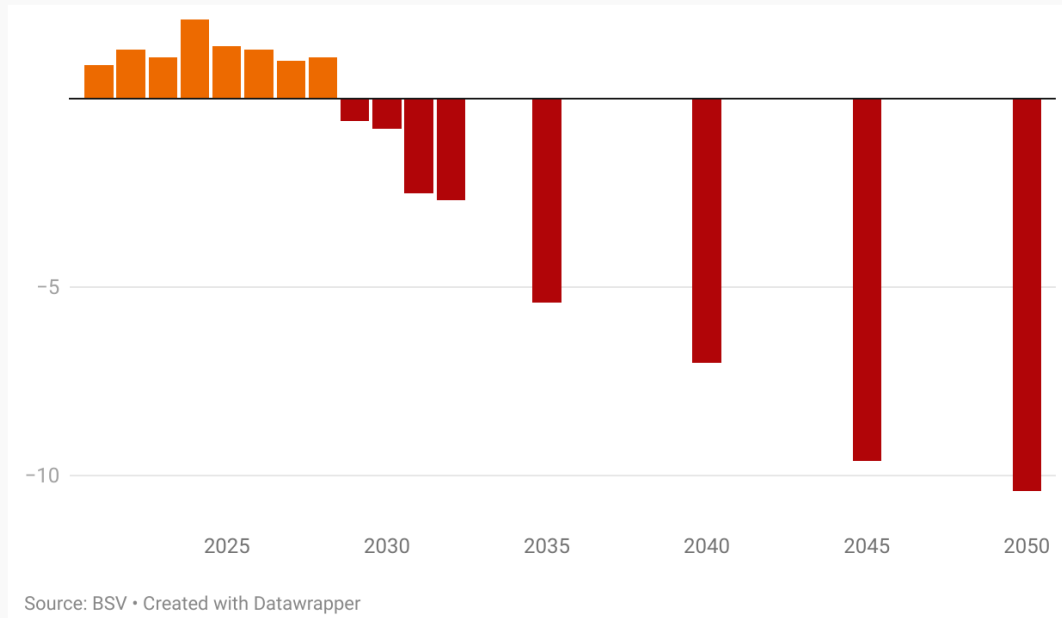
Aktuell kommen auf jede Person, die 65 Jahre oder älter ist, etwas mehr als drei Personen im erwerbsfähigen Alter. Dieses Verhältnis wird sich in den nächsten Jahren massiv zu Ungunsten der Erwerbsfähigen entwickeln. Das Referenzszenario prognostiziert für die Schweiz, dass 2050 auf jede Person über 65 Jahre nur noch etwas mehr als zwei Personen im Erwerbsalter kommen (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Verhältnis zwischen Erwerbsfähigen und Pensionierten (BFS)



Die demografische Entwicklung gefährdet somit das Umlageverfahren. Mit den überwiegend finanziellen Massnahmen der letzten Reformen wurde das Problem nicht nachhaltig gelöst. Die Alterung der Bevölkerung schreitet weiter voran und bringt die Finanzierung der AHV ab 2029 erneut aus dem Gleichgewicht. Ab den 2030er-Jahren nehmen die jährlichen Defizite rasant zu. Basierend auf dem Referenzszenario prognostiziert das BSV, dass der ungedeckte Finanzierungsbedarf bis 2050 auf über 10 Milliarden Franken pro Jahr anwachsen wird.

Abbildung 6: AHV-Umlageergebnis in Milliarden Franken (BSV)



Das Referenzszenario des BFS mit der weiteren Zuwanderung von erwerbsfähigen Personen stellt eine positive Entwicklung dar. Was wäre, wenn die Schweiz weniger attraktiv für arbeitstätige Ausländer wäre? Wenn die Arbeitsbedingungen in den Heimatländern sich verbessern oder die wirtschaftlichen Perspektiven in der Schweiz weniger gut wären? Gehen wir davon aus, dass die Nettozuwanderung Null betragen würde - dass also die Zuwanderung gerade so gross wäre wie die Zahl der Ausgewanderten. Wie würde das die AHV-Kasse belasten? Das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Pensionierten würde sich noch rascher und deutlicher verschlechtern. Und dies hätte grosse Auswirkungen: Weil sich die Ausgabenlast auf weniger Köpfe verteilt, würde diese bis 2050 für jede erwerbstätige Person um über 2000 Franken pro Jahr zunehmen.



Die vorangehenden Ausführungen zeigen: Die demografische Entwicklung bedroht den Schweizer Wohlstand. Weil die Erwerbsbevölkerung nur leicht zunimmt, wird sich der Arbeitskräftemangel in den nächsten Jahren verschärfen. Dies bremst die wirtschaftliche Entwicklung. Und weil die nicht erwerbsfähige Bevölkerung getrieben durch die Pensionierungen stärker zunimmt, wird die Abgabenlast auf den Erwerbseinkommen zunehmen oder die heutigen Rentenansprüche werden sinken müssen. Oder beides zugleich. Zudem werden Spitäler und Pflegeheime durch die grössere Zahl von Alten stärker belastet, was den Arbeitskräftemangel zusätzlich verschärft. Um diese Herausforderungen anzugehen, hat die Schweizer Politik verschiedene Hebel zur Verfügung.

Potenzial im Inland besser ausschöpfen

Bei einer Erhöhung des Rentenalters würde die Erwerbsbevölkerung zunehmen, und gleichzeitig würde die Ausgabenlast der AHV reduziert. Deshalb ist dies der wirkungsvollste Lösungsansatz, auch wenn er politisch umstritten ist. Doch schon der Abbau von Fehlanreizen, die das Arbeiten über das Rentenalter hinaus unattraktiv machen, würde das Problem verringern. Ebenfalls eine positive Wirkung hätte es, wenn das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausgenutzt werden könnte. Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) hat hierzu verschiedene Vorschläge gemacht, etwa zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur besseren Integration von aufgenommenen Flüchtlingen. Diese Vorschläge sind richtig. Um die Arbeitsstunden zu erhöhen, müssen negative Arbeitsanreize beseitigt werden. Durch die Steuerprogression beispielsweise kann es sein, dass eine höhere Beschäftigung der Eltern mit gleichzeitiger externer Kinderbetreuung das Netto-Familieneinkommen sogar reduziert. Die Rahmenbedingungen sollten so ausgestaltet sein, dass es sich lohnt, wenn die Erwerbstätigen mehr Arbeitsstunden leisten.

Stellenwachstum beim Staat bremsen

Darüber hinaus ist es auch relevant, wo diese Arbeitsstunden geleistet werden. In den letzten Jahren hat vor allem der Staat im grossen Stil Personal eingestellt. Er benötigt Arbeitskräfte, um seine Aufgaben wahrzunehmen. Dass die Beschäftigungsentwicklung hier stärker ausfällt als in der Privatwirtschaft, ist aber ein Problem, denn die staatliche Expansion der letzten Jahre verschärft den Arbeitskräftemangel zusätzlich. Es ist höchste Zeit, dieses Stellenwachstum zu bremsen. Die Politik ist gefordert, dem Staat nicht immer mehr Aufgaben zuzuteilen und die Verwaltung nicht mit Vorstössen einzudecken. Zudem ist auch beim Staat eine Verzichtspannung unumgänglich.

Personenfreizügigkeit beibehalten

Hingegen ist die Personenfreizügigkeit mit den EU-/EFTA-Staaten zwingend beizubehalten. Diese ist Teil der Lösung. Die Nettozuwanderung hilft, die negativen Effekte der demografischen Entwicklung abzufedern. Dass die Schweiz ein attraktives Land ist für ausländische Arbeitskräfte, ist ein Trumpf, den man unbedingt beibehalten muss.

Produktivität weiter verbessern

Schliesslich geht ein entscheidender Faktor in der politischen Debatte vergessen: Die Produktivitätsentwicklung ist kein Naturgesetz, sondern das Resultat von florierenden Unternehmen, die mit innovativen Ideen und Qualität im Markt erfolgreich sind. Je grösser die Produktivitätsentwicklung ist, desto weniger einschneidend wird die demografische Entwicklung für den Wohlstand der Schweiz. Je stärker die Produktivität zulegt, desto stärker steigen die Löhne, die Lohnabzüge und die Steuerzahlungen. Dies alles dämpft die negativen Auswirkungen der demografischen Entwicklung.

Doch wo kann die Produktivität weiter zunehmen? Treiber sind die Unternehmen, welche skalierbare Produkte und Dienstleistungen herstellen und diese auf dem Weltmarkt verkaufen. Die Produktivität einer Masseurin oder eines Pflegefachmanns kann nicht beliebig gesteigert werden. Demgegenüber basiert der heutige Erfolg des Silicon Valleys darauf, dass die Techunternehmen ihre Ideen in kurzer Zeit weltweit ausrollen: Die Dienstleistung ist skalierbar, sie kostet immer weniger, je mehr davon hergestellt wird. Diese Eigenschaften hat auch die erfolgreiche Schweizer Wirtschaft. Sie muss auf den internationalen Märkten kompetitiv sein. Wenn Maschinen, Medizintechnikprodukte, Finanzdienstleistungen, Uhren, Medikamente, Fahrzeuge und so weiter in der Schweiz produziert werden, dann werden viele davon ins Ausland verkauft. Der Produktionsstandort Schweiz produziert also viel mehr als für die eigene Bevölkerung. Dadurch entstehen Skalenvorteile, was sich in einer steigenden Produktivität niederschlägt.

Wir müssen daher alles daransetzen, dass die guten Rahmenbedingungen für wertschöpfungsintensive Unternehmen erhalten und gezielt verbessert werden. Nur wenn es gelingt, weltweit an der vordersten Innovationsfront dabei

zu sein, kann die Produktivität im Hochlohnland Schweiz weiterhin zunehmen und der Schmerz der demografischen Entwicklung erträglich gemacht werden.



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung



Roger Wehrli



Guido Saurer

Stv. Bereichsleiter Wirtschaftspolitik & Bildung